

Laibacher Zeitung.

Nr. 42.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halb j. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halb j. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halb j. fl. 7-50.

Mittwoch, 20. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1884.

Nichtamtlicher Theil.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin haben, wie das ungarische Amtsblatt meldet, aus Anlaß der heurigen Budapester Juristen-, Mediciner-, Techniker- und Pharmaceuten-Wälle je 100 fl., insgesamt 400 fl., zu Spenden geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben zu Feuerwehrazwecken den freiwilligen Feuerwehren in Muthmannsdorf und Brunn am Steinfelde im politischen Bezirke Wiener-Neustadt, dann der freiwilligen Feuerwehr in Deutsch-Wagram im politischen Bezirke Korneuburg und der Gemeinde Albern im politischen Bezirke Bruck a. d. Leitha, sämmtlich in Niederösterreich, eine Unterstützung von je 80 fl., ferner den freiwilligen Feuerwehren in Schönkirchen und Reiersdorf im politischen Bezirke Groß-Enzersdorf in Niederösterreich eine Unterstützung von je 50 fl. aus der Allerhöchsten Privatschatulle allergnädigst zu bewilligen geruht.

Reichsrath.

333. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 15. Februar.

(Schluß.)

Das Haus schreitet hierauf zur Berathung des Ausschussesberichtes über die Regierungsvorlage, betreffend die theilweise Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte für die Gerichtsprängel Wien und Korneuburg.

Der Referent der Ausschussmajorität, Abgeordneter Dr. Tonkli, empfiehlt mit wenigen Worten den Majoritätsantrag, die genannte Verordnung zur Kenntniss zu nehmen.

Der Referent der Minorität, Abg. Dr. Kopp, behält sich vor, in seinem Schlussworte auf die Motivierung des Minoritätsantrages zurückzukommen, nach welchem die Regierung aufgefordert werden soll, die bezügliche Verordnung sofort aufzuheben.

Zum Worte haben sich gemeldet gegen den Majoritätsantrag die Abgeordneten: Steudel, Freiherr von Oppenheimer, Wiesenburg, Auspitz, Dr. Weeber, Dr. Jaques, Dr. Stourzh und Freiherr von Haderberg; für den Majoritätsantrag Abg. Ignaz Freiherr von Giovanelli.

Abg. Steudel erklärt sich als Vertreter der Stadt Wien gegen die Einstellung der Geschwornengerichte für Wien und Korneuburg. Er erblickt in dieser Maßnahme eine schwere Kränkung, ein Mißtrauensvotum gegen die Loyalität der Wiener Bürger. (Beifall links.) Warum habe man denn gerade in Wien diese Maßnahme für notwendig erachtet, da socialistische Umtriebe ja überall stattfänden und dieses Uebel ein internationales sei. Man sage, daß unter den dormaligen Verhältnissen eine unabhängige und unparteiische Rechtsprechung gefährdet sei; in dieser Motivierung liege geradezu eine Beleidigung, gegen die er protestieren müsse. (Beifall links.) Das Wiener Geschwornengericht habe stets seine Pflicht gethan, und man hätte wenigstens abwarten sollen, ob es seine Pflicht auch noch weiter thun werde, ehe man zu der Einstellung der Wirksamkeit desselben geschritten wäre. Das Wiener Bürgerthum sei unabhängig und muthig genug, um für seine Ueberzeugung, für Ordnung und Sicherheit einzutreten. Die Liebe zur verfassungsmäßigen Freiheit wurzle aber so fest in dem Wiener Bürgerthume, daß es die Ausnahmungsverordnungen wie einen schweren Schlag, als ein unverdientes Unglück betrachten werde. Die Majorität habe bereits zugestimmt, so weit es sich um die Aufhebung der wichtigsten Grundrechte handelt, möge sie wenigstens das Schwurgericht nicht antasten. (Beifall links.)

(Die Ausführungen Sr. Excellenz des Herrn Ministers und Leiters des Justizministeriums Dr. Freiherrn v. Pražák haben wir schon in der Nummer vom Montag [18. d. M.] vollinhaltlich mitgetheilt. Anm. d. Red.)

Abg. Ignaz Freiherr von Giovanelli betont dem von der Linken erhobenen Vorwurfe gegenüber, daß so wenige Redner der Rechten das Wort ergreifen, daß die Sache so klar sei und daß die Argumente der Minorität so nichtig seien, daß eine Erwiderung kaum nöthig. Hält man sich die gestrigen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten und des Grafen Hohenwart vor Augen, so ist es wirklich überflüssig, nochmals die Gründe anzugeben, warum die Ausnahmungsverordnungen überhaupt und speciell die Suspendierung der Geschwornengerichte vorgeschlagen werden. Die letzteren anlangend, sei im Minoritätsberichte schon so viel gesagt worden, daß dessen Ausführungen allein den Antrag der Majorität hinreichend motivieren. Frei-

lich beruhe nach Ansicht des Minoritäts-Berichterstatters alles thatächlich auf Gerüchten, und dieses betrachte er als eine Beleidigung der Bürger Wiens, wenn man glaubt, daß die Einschüchterung bei ihnen verfangen werde. Unter den gegenwärtigen Umständen aber sei es für die Justizverwaltung sicherer, die Geschwornen in keine solche mißliche Lage zu versetzen. Soll man sie noch weiter der Gefahr aussetzen, daß sie entweder ihrer Pflicht untreu werden oder ihr Leben aufs Spiel setzen müssen? Dem Redner als alten Justizmann stehe das Botum des Obersten Gerichtshofes in erster Linie, und einem Botum gegenüber, wie das vom Obersten Gerichtshofe erstattete, kann keine Regierung den Muth haben, darauf zu beharren, daß die Geschwornen noch weiter ihr Amt ausüben, denn sie würde damit die Verantwortung für alle traurigen Folgen auf sich nehmen. Aber auch wir können diese Verantwortung nicht auf uns nehmen, denn wir würden uns dadurch zu Mitschuldigen an dem Unheile machen, welches durch eine solche Unterlassung entstehen könnte. (Beifall rechts.)

Abg. Freiherr von Oppenheimer, welcher für den Minoritätsantrag eintritt, hebt hervor, daß die angerufene Loyalität nicht so weit ausgedehnt werden dürfe, daß man um derselben willen ohneweiters die wichtigsten Gesetze und Freiheitsrechte aufgeben müßte, und auch das Vertrauen in die Zusage eines Ministers könne nicht so weit gehen, die gesetzlichen Garantien für überflüssig erscheinen zu lassen. In England würde sich gewiß kein Minister beikommen lassen, ein so weit gehendes Vertrauen zu beanspruchen, und es würde ihm auch nicht geschenkt werden. Verordnungen bleiben und Ministerien gehen, und niemand weiß, ob nicht eine Regierung kommt, welche von den in Rede stehenden Ausnahmungsverordnungen einen ganz anderen Gebrauch macht, als gegenwärtig versprochen wird. In der Bekämpfung der staatsfeindlichen Anarchisten wollen die Parteien die Regierung unterstützen, allein die Linke wolle am Gesetze festhalten und auf dem Wege der Gesetzgebung vorgehen. Halte die Regierung ein Gesetz zur Bekämpfung der anarchistischen Bestrebungen für nöthig, so möge sie es vorschlagen. Ungehörige Schlagworte seien auch in diese Debatte hereingeworfen worden; sie bringen mehr Verwirrung als Aufklärung in dieselbe. Es gebe Fragen, welche so alt seien wie das Menschengeschlecht, und die sociale Frage gehöre zu denselben. Sie bestehe und werde be-

Fenilleton.

Der Kleinhäusler.

Erzählung aus dem obderennischen Volksleben

von C. A. Kastenbrunner.

(29. Fortsetzung.)

16. Broni verdingt sich als Magd.

Drei Tage waren nach dem Beichenbegängnis verfloßen, und noch hatte Broni keine weitere Nachricht vom Vater erhalten, gleichwie auch er über die häuslichen Vorfälle in völliger Unkenntnis geblieben war. Das in tiefe Traurigkeit versunkene Mädchen hielt sich nun nicht mehr zurück, abermals nach Schärding zu gehen und zum Vater zu kommen, den es daheim nun doppelt schwer vermisse. Um ihn aber durch ihren schwarzen Traueranzug nicht zu erschrecken, zog sie ihre gewöhnliche Sonntagskleidung an und gab sich alle Mühe, die nöthige Stärke des Geistes zu finden.

Als sie nach Schärding kam und unter gerichtlicher Aufsicht zum Vater geführt wurde, war eben der Arzt anwesend, welcher sie nach dem stillen, aber tief empfundenen Austausch der ersten Begrüßungen zwischen dem Kranken und seiner Tochter mit der Nachricht tröstete, daß sich der Zustand ihres Vaters nun zum Besseren gewendet habe, die Hauptgefahr gehoben und Hoffnung auf seine Wiederherstellung vorhanden sei.

Mit gefalteten Händen und mit einem Dankgebet im Herzen hörte sie die Trostworte des freundlich ernstlichen Mannes, die ihr auch der Vater selbst durch sein frischeres Aussehen und seine muthigere Stimmung bestätigte. Da ihr aber vom Gerichtsbeamten keine lange Frist des Verweilens zugemessen war, so

musste sie auf die Frage des Vaters: „wie es daheim gehe?“ halb Antwort geben. Mit dem rücksichtsvollen Vorsatze, alles zu vermeiden, was sein Gemüth heftig erschüttern konnte, getraute sie sich nicht, ihm wegen der Mutter jetzt schon die ganze Wahrheit zu sagen; darum sagte sie für heute, und zwar mit großer Vorsicht, nur: „Daß er nicht erschrecken möge, weil die Mutter plötzlich schwer krank geworden sei und der Wundarzt von Bernstein erklärt habe, daß man nicht wissen könne, was daraus wird.“

„Mein Gott!“ rief Dominik, — „so kommt denn Ein Unglück nie allein! — Und ich bin nicht daheim!“

„Wir müssen es Gott anheimstellen, was er über uns verhängen wird,“ sagte Broni mit sehr gedrückter Stimme, indem sie den Vater für das nächstemal auf dasjenige vorbereiten wollte, was bereits geschehen war.

„Thut euer Möglichstes!“ nahm Dominik wieder das Wort. „Wenn sie auch schon früher mit einem unheilbaren Zustand geschlagen war, so hat sie dennoch das Leben gewiss noch lieb. Geh' nur bald wieder heim, sie wird dich schwer entbehren. Pflege sie mit deiner guten Hand, und gib mir bald wieder Nachricht. B'hut dich Gott, liebes Kind, und laß dir um mich nicht bange sein!“

Dem schwer beklommenen Mädchen, welches die Täuschung forspielen mußte, wollte fast die Brust zerspringen. Den Vater küßend, nahm sie nun Abschied und versprach, in wenigen Tagen entweder selbst zu kommen oder schriftliche Nachricht zu schicken.

Der heutige Gang zum Vater hatte ihr zwar den Trost gegeben, daß sein Leben nicht mehr in Gefahr schwebte, aber sie wußte auch, daß nun erst seine gerichtliche Untersuchung beginnen werde und daß ihm eine vielleicht noch lange Haft und zuletzt eine vielleicht harte Verurtheilung bevorstand. In all dem

musste sie noch befürchten, daß er in Folge seiner Wunde trotz der Heilung dennoch ein Krüppel und erwerbsunfähig werden könne.

Mit diesen düsteren Gedanken trat sie wehmüthig den Heimweg an und fürchtete sich schon auf den nächsten Besuch, bei dem sie ihm erst den Tod der Mutter und die Verpachtung der Sölde nebst ihren Plänen wegen eines fremden Dienstes mittheilen wollte.

Ehe sie Schärding verließ, hatte sie noch den Arzt und den Gefangenwärter des Vaters dringend gebeten, daß sie ihm aus Schonung nichts von dem jähen Tode der Mutter erzählen möchten, worüber sie die beiden mit dem Bemerken beruhigten, „daß dergleichen ohnehin nicht ihres Amtes sei.“

Während nun Broni in den ersten Tagen nach ihrer Zurückkunft gemeinsam mit der Häuslerin Schieferer die Arbeiten daheim verrichtete, die fast drückender Einsamkeit durch angestrengte Thätigkeit zu verringern suchte und über ihr unverweiltes Dienstsuchen ernstlich nachdachte, war man in Schärding zu den Verhören Dominik's geschritten, der nach der Sachlage und nach den Aussagen der Cordonisten unter einer schweren Anklage stand.

Es war ein Glück für Broni, daß sie von diesen scharfen Vernehmungen, welche sich nun ununterbrochen folgten, nichts wußte. Jetzt überlegte sie vor allem, daß mit ihrem Verbleiben in der Sölde die Kosten ihres Unterhaltes verbunden wären, wodurch sich der Pachtschilling sehr schmälern oder ganz aufheben würde. Dazu kam noch die fernere Erwägung, daß ihre Mitwirkung bei dem kleinen Hausstande nicht notwendig war, folglich von den klugen Pächterleuten nicht vergütet worden wäre. Aus diesen Gründen mußte sie trachten, so bald als möglich auswärts einen Dienstplatz zu bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

stehen, so lange es eine menschliche Gesellschaft gebe. Die Aufgabe sei, sie auf legalem Wege zu erhalten und auf diesem Wege zu thun, was sich überhaupt zu ihrer Lösung thun lasse. Die sociale Frage mache an keiner Landesgrenze Halt, sie durchziehe und bewege die ganze Welt. Eine bekannte Enquête habe Hoffnungen erweckt, die sich auf dem damals vorgesteckten Wege nicht verwirklichen lassen; man könne die besten Wünsche für das Wohlergehen der arbeitenden Classen hegen und bethätigen, aber die Wirkungen des Gesetzes von Angebot und Nachfrage vermögen Wünsche und wohlgemeinte Bestrebungen nicht aufzuheben. Leider sei zu befürchten, daß, während die politischen Parteien in dem unfruchtbaren Streite um veraltete Staatsrechte und Nationalitäts-Fragen sich aufreiben, die Schwierigkeiten der socialen Frage riesengroß anwachsen und ihre Vernachlässigung sich schwer rächen werde. Redner erklärt, daß es seiner persönlichen Anschauung mehr entsprochen hätte, wenn er unter der Cautel einer Resolution für einen positiven Antrag hätte stimmen können, als unter der Anerkennung der Nothwendigkeit der Vorsorge gegen anarchische Maßnahmen zu einem negativen Resultate zu gelangen. Nur weil das Gesetz keine Amendierung zuläßt und die Verordnung seiner Ansicht nach zu weit geht, stimme er gegen dieselbe. Hätte die Regierung ein Socialistengesetz vorgelegt, so würde er für dasselbe votiert haben, um die Regierung in die Möglichkeit zu versetzen, anarchischen Tendenzen zu widerstehen und eine für den Staat wie die Gesellschaft gefährliche Bewegung niederzuwerfen. Redner wünscht, daß die Regierung bald wieder vor das Haus treten könne mit der Erklärung, daß sie diese Verordnung nicht mehr benötigt. (Beifall links.)

Es wird nunmehr ein Antrag auf Schluss der Debatte gestellt und angenommen. Als Generalredner gegen den Antrag der Ausschussmajorität erhält das Wort

Abg. Dr. Weeber. Derselbe sagt: Schon der erste Redner auf der linken Seite des Hauses habe die reactionäre Seite der Ausnahmungsverordnungen hervorgehoben, von der Ministerbank aus sei dagegen erklärt worden, daß der Regierung der Gedanke an eine Reaction durchaus fernliege; allein die Ausnahmungsverordnungen seien ja an sich schon eine Reaction, indem sie wichtige freiheitliche Rechte aufheben, und darüber hinaus gäbe es eben nur noch den Staatsstreik. Der Herr Ministerpräsident habe allerdings erklärt, jene Rechts suspensionen nur zur Unterdrückung anarchischer Bestrebungen gebrauchen zu wollen, allein die Art des Gebrauches hänge eben ganz von dem Ermessen der betreffenden Behörden ab. Vereine gebe es in einem absoluten Staate ja auch, ob sie politisch bedenklich oder unbedenklich seien, darüber entscheide eben auch dort die Polizei. Niemand sei gegen nothwendige Maßregeln wider hochverrätherische und anarchische Bestrebungen; es handle sich nur um die Zweckmäßigkeit der Maßregeln. Es seien schon gestern die Beispiele anderer Länder dem heimischen Vorgehen gegenübergestellt worden. Der Redner erinnert seinerseits an Rußland, wo es kein Vereins- und Versammlungsrecht, keine Pressfreiheit und dergleichen gebe, sondern nur eine allmächtige Polizei. Und was sei durch dieselbe erreicht worden? Der Nihilismus sei eine Macht geblieben wie vordem, und es werden fort und fort Verbrechen begangen, deren Urheber nicht einmal eruiert werden können. Auch England habe seine Fenier, deren Gebaren mit dem der Nihilisten verwandt sei, aber keine Ausnahmungsverordnungen; in Frankreich gebe es communistische Regungen und Straßendemonstrationen, aber diesen trete eben die Polizei entgegen, Gewalt gegen Gewalt gebrauchend. Belgien habe gar keine anarchische Partei — das sollte doch Stoff zum Nachdenken darüber geben, welche Regierungsweise anarchistische Bestrebungen fördere, eine reactionäre oder eine freiheitliche. Zu bedenken sei auch, daß das Verdrängen anarchischer Bestrebungen von der Oberfläche und Oeffentlichkeit nicht gleichbedeutend sei mit ihrer Vernichtung. Deutschland habe sein Socialistengesetz schon sieben Jahre lang, und der Zweck desselben sei noch nicht erreicht.

Die in Rede stehende Verordnung stelle die Wirksamkeit der Geschwornengerichte hier bis zum Ende des Jahres ein, allein wenn dieser Termin herangekommen, werde man wieder vor derselben Frage stehen, sollen die Rechte der Staatsbürger suspendiert bleiben wegen einer Handvoll Anarchisten? Das Gesetz vom 5. Mai 1869, worauf die Verordnung begründet werde, verlange nicht Vermuthungen, sondern Thatfachen, welche die Einstellung der Geschwornengerichte als nothwendig erscheinen lassen. Es liegen aber nur die von der Regierung mitgetheilten und im Minoritätsberichte bereits beleuchteten Thatfachen vor. Als eine der wichtigsten werde geltend gemacht, daß der Oberste Gerichtshof sich für die Einstellung der Geschwornengerichte ausgesprochen habe. Redner kann bei aller Achtung vor dem Obersten Gerichtshof nicht zugeben, daß, wie gesagt worden, schon dessen Gutachten allein die Verordnung rechtfertigen würde; da müsse sich denn doch das Haus sein eigenes Urtheil vorbehalten. Es sei gesagt worden, anarchische Brandschriften müßten den Geschwornen vorgelesen werden, allein das sei ja auch schon geschehen, und diese Geschwornen

hätten dennoch ihr Schuldig ausgesprochen. Wenn sie Drohbriese erhalten und dieselben, wie es geschehen, vorlegen, so sei das nur ein Beweis, daß sie sich nicht einschüchtern lassen. Redner erjucht, für den Antrag der Minorität zu stimmen. (Lebhafter Beifall links.)

Der Referent der Ausschussminorität Dr. Kopp nimmt das Schlusswort, indem er zunächst auf die Erklärungen des Abg. Steudel reflectiert, der als Vicebürgermeister von Wien doch gewiß berufen sei, der Stimmung des Wiener Bürgerthums Ausdruck zu geben; die Worte eines solchen Mannes bedürfen keines Beweises. Für die Beurtheilung der Nothwendigkeit der Maßnahme läge gar kein Material vor, denn die angeblichen Drohbriese seien nicht als maßgebend anzusehen. Wenn auf die Einführung der Militärgerichte in Dalmatien hingewiesen worden sei, so müsse er auf einen gewaltigen Unterschied aufmerksam machen. Die Ersetzung der Geschwornengerichte durch Militärgerichte erfolgte deshalb, weil die Regierung die Gefahr der Terrorisirung sowohl bei den Geschwornen als auch bei den Civilrichtern gleichmäßig befürchtete. Hier aber solle die Gefahr des Terrorismus für den Geschwornen eine größere sein als für den Richter, das sei nicht recht einleuchtend. (Zustimmung links.) Uebrigens sei selbst in Rußland bei den Ausnahmungsverfügungen gegen den Nihilismus die Wirksamkeit der Geschwornengerichte nicht beirrt worden, und es müsse doch wohl behauptet werden, daß die dortigen Verhältnisse mit denen in Wien nicht entfernt verglichen werden könnten. Redner bespricht schließlich die Haltung der Wiener Geschwornen bei verschiedenen schwierigen Processen und appelliert an das Haus, die Einschränkung dieser volkshülmlichen Institution nicht zu votieren. (Lebhafter Beifall links.)

Der Referent der Ausschussmajorität Dr. Tonelli betonte, daß die Regierung dem Ausschusse genügende Aufklärungen gegeben habe, aus denen unzweifelhaft hervorgehe, daß von Seite der Anarchisten thatsächlich Einschüchterungsversuche den Geschwornen gegenüber gemacht worden sind und daß diesen Drohungen sogar die Erfüllung gefolgt sei. Die Regierung habe sich aber nicht darauf beschränkt, die Thatfachen anzuführen, sondern sie habe dem Gesetze entsprechend auch das Gutachten des Obersten Gerichtshofes eingeholt, und dieser habe der Maßregel zugestimmt.

Bei der sodann erfolgten Abstimmung wird der Antrag der Minorität abgelehnt und der Antrag der Majorität angenommen. (Dafür die Rechte und der Coronini-Club.)

Der Präsident schließt hierauf die Sitzung und beraumt die nächste für Dienstag, den 19. d. M., an mit folgender Tagesordnung:

- 1.) Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Erhöhung der Baukosten der Arlsberg-Bahn.
 - 2.) Erste Lesung des Antrages der Abgeordneten Ritter v. Schönerer und Fürnkranz wegen Gewährung von Unterstützungen an nothleidende Familien der auf Grund der Ausnahmungsverordnungen verhafteten, brotlos gewordenen oder ausgewiesenen Personen.
 - 3.) Erste Lesung des Antrages der Abgeordneten Wienbacher und Genossen, betreffend die Steuerfreiheit leerstehender Wohngebäude.
 - 4.) Ergänzungswahlen in die Ausschüsse.
 - 5.) Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Beitragsleistung zur Drau-Regulierung.
 - 6.) Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Gebührensicherheit humanitärer Stiftungen aus Anlaß der Geburt Ihrer k. und k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Elisabeth.
 - 7.) Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Amortisation der Bau- und Erhaltungskosten für die Betriebsseinrichtungen im Hafen von Triest.
 - 8.) Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Verstaatlichung mehrerer Eisenbahnen.
 - 9.) Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Localbahn Fehring-Fürstenfeld.
 - 10.) Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Localbahn Asch-Rosbach.
 - 11.) Bericht über Petitionen.
- Schluss der Sitzung 3 Uhr 30 Minuten.

Parlamentarisches.

Wien, 16. Februar.

In der heutigen Sitzung des Eisenbahn-Ausschusses waren von Seite der Regierung Se. Excellenz der Herr Handelsminister Freiherr von Pino, dann die Herren: Ministerialrath Ritter von Wittel und Regierungsrath Dr. von Langer anwesend.

Der Obmann des Eisenbahn-Ausschusses, Freiherr von Gödel-Lannoy, interpellirte Se. Excellenz den Herrn Handelsminister, ob ihm noch nicht die Projekte über die beabsichtigte Erbauung der Eisenbahnlinien Pöltschach-Rohitsch, eventuell Bobowa-Sauerbrunn-Rohitsch, oder endlich Grobno-Rohitsch vorgelegt worden seien. Der Interpellant beleuchtete zugleich die Nothwendigkeit dieser Bahnen, welche in der Fortsetzung einerseits nach Zabřiz, andererseits in der entgegengesetzten Richtung von Gonobiz nach Unter-Drauburg nicht nur die kürzeste directe Verbindung des Nordostens mit dem

Südosten, sondern auch von so großem Vortheile sei, daß er sie der eingehendsten Erwägung und Würdigung des Handelsministers auf das dringendste empfehle, zumal auch Steiermark und insbesondere Südböden in Bezug auf Eisenbahnen und gute Verkehrsstraßen hinter anderen Kronländern weit zurückstehe. Der Interpellant zweifelt nicht, daß auch die Landesvertretung zu den größtmöglichen Leistungen bereit sein werde, wenn die hohe Regierung die Geneigtheit ausspreche, in ausgiebigster Weise den Bau dieser Bahnen zu fördern, da die Bevölkerung jener Gegend durch die vielen stattgefundenen Mißjahre gerade nicht in der Lage ist, die Eisenstränge ohne energisches Eingreifen der hohen Regierung allein zu bauen.

Se. Excellenz der Herr Handelsminister Freiherr von Pino erwiderte, daß auch er von der Wichtigkeit dieser Eisenbahnlinie lebhaft durchdrungen sei, daß aber bisher weder das Land noch sonst jemand ein ernsthaftes Project vorgelegt oder irgendwelche Beitragsleistung in rechtsverbindlicher Weise zugefagt habe; es sei ihm daher unmöglich, in Bezug auf diese Bahn irgendwelche Erklärungen zu geben. Das Localbahngesetz, welches ja eben unter dem Vorsitze des Interpellanten zustande kam, gibt dem Lande Steiermark sowie dem Interpellanten die Bedingungen an die Hand, unter denen etwas gethan werden könnte.

Nach Zuweisung der eingelassenen Petitionen äußerte sich Se. Excellenz der Herr Handelsminister Freiherr von Pino über den vom Abg. Schwab beantragten Gesetzentwurf, betreffend einige Bestimmungen über den Frachtengüterverkehr auf den Eisenbahnen, in folgender Weise: Dem Antrage des Abg. Schwab liegt eine sehr wohlwollende Intention zu Grunde, und ich hätte dagegen nichts einzuwenden, wenn dadurch die angestrebten Absichten wirklich erreicht werden könnten. Ich kann letzteres aber nicht glauben (denn theilweise ist das, was der beantragte Gesetzentwurf enthält, viel zu wenig, namentlich die im Art. 1, Absatz 2, dem Handelsministerium eingeräumte Tarifsgenehmigung). Man müßte weiter gehen und dem Handelsministerium das Recht einräumen, die Tarife selbständig festzusetzen. Das ist aber nicht möglich, denn eine solche Bestimmung wäre bei den meisten nicht im Staatsbetriebe befindlichen Bahnen wirkungslos, wie dies auch Art. 5 des Gesetzentwurfes anerkennt, indem dort dem Handelsministerium erst Verhandlungen mit den Bahnen aufgetragen werden. Andere Bestimmungen des Gesetzentwurfes sind schon jetzt die im Art. 2 vorhergesehenen Berechnungen der Längen nach Maß der Steigungsverhältnisse. Diese Bestimmung ist also überflüssig. Der Einfluss auf die Cartelle, die Publication der Refactien ist auch schon größtentheils erreicht durch die Einwirkung der Regierung, welche für viele Bahnen maßgebend ist. In anderen Fällen, wo concessionsmäßige Rechte entgegenstehen, welche den Bahnen die freie Tarifierung einräumen, sind die beantragten Bestimmungen gleichfalls wirkungslos, da sie der Regierung bei jenen Bahnen, wo sie keine Einwirkung hat, nicht mehr Rechte gewährt, als ihr jetzt zustehen. Ich bin übrigens bereit, einzuwirken, damit etwas Zweckmäßiges zustande kommt. Durch den beantragten Gesetzentwurf würde nicht viel erreicht. Geht die Verstaatlichung vorwärts, so wird, was hier gewünscht wird, viel besser durch den maßgebenden Eisenbahnbesitz des Staates bewirkt werden. Als ein in dieser Hinsicht bemerkenswerthes Beispiel führe ich die Tarifherabsetzungen der Südbahn bezüglich des Personenverkehrs an, welche nur deswegen eingetreten sind, weil der Staatsbahnbetrieb mit solchen Tarifherabsetzungen vorgegangen ist, die große Privatbahn sich der Folgen nicht erwehren konnte und nach 1 1/2 jährigem Zögern dasselbe thun mußte.

Hierauf wurde der Antrag des Abg. Schwab dem Antragsteller zum Referate zugewiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung war die Regierungsvorlage, betreffend die Zugeständnisse und Bedingungen für den Bau einer Localbahn von Asch nach Rosbach.

Abg. Dr. Rieger erstattete den Bericht und empfahl nach eingehender Darlegung der Verhältnisse jener Gegend die Regierungsvorlage zur Annahme.

Abg. Dr. Herbst unterstützte diesen Antrag besonders mit Rücksicht auf die dort entwickelte Industrie, welche durch den Bau der Bahn gerettet werden soll.

Hierauf wurde diese Regierungsvorlage dem vollen Wortlaute nach angenommen und Abg. Dr. Rieger zum Referenten für das Haus bestimmt.

Zur Lage.

Das Ergebnis der Debatten über den Ausnahmestatus wird in der heimischen und auch in der auswärtigen Presse noch immer lebhaft besprochen. Die Wiener Sonn- und Montagzeitung hebt das Widersprüchliche in der Haltung der Minorität hervor und sagt: „Die Minorität konnte es nicht über sich bringen, in ihrem Antrage der Regierung Ausnahmemaßregeln überhaupt zu verweigern, aber in der Verhandlung unternahm sie es, den Schein

In Belgrad

hat ein Cabinetswechsel stattgefunden, dessen Anlaß Differenzen zwischen der bei den letzten Wahlen siegreich gewesenen Fortschrittspartei, der Partei des vorigen Ministeriums Pirottschanac, und dem Ministerpräsidenten Nikola Christic über die Ernennung der vom König in die Skupschtina zu berufenden 40 Mitglieder waren. Die Fortschrittspartei verlangte, daß alle zu Ernennenden ihren Reihen entnommen werden sollten, während Herr Christic aus diesen vierzig Abgeordneten eine neutrale Regierungspartei bilden wollte. In Folge dessen reichte am 16. d. M. abends das Cabinet Christic sein Entlassungsgesuch ein, nachdem mehrfache Versuche des derzeitigen Gesandten in Wien, Herrn Garaschanin, zur Erzielung eines Compromisses zwischen dem Cabinet und der Fortschrittspartei erfolglos geblieben waren. Der König betraute Herrn Garaschanin mit der Bildung eines neuen Cabinets. Trodem setzte Herr Garaschanin mit Zustimmung des Königs am 17. d. M. noch seine oben erwähnten Bemühungen fort, abermals ohne Erfolg und — wie hinzugefügt wird — ohne eigentliche Aussicht auf solchen. Herr Garaschanin ist nun selbst an die Spitze des neuen Cabinets getreten.

Das neue Cabinet wurde in folgender Weise gebildet: Präsidium und Aeußeres Garaschanin, Inneres Novakovic, Cultus und Unterricht der bisherige Gesandte in Rom Kujundzic, Justiz Cassationshofrichter Marinkovic, Finanzen der gewesene Minister des Aeußeren G. Pavlovic, Krieg Oberst Petrovic, Bauten Oberst Protic, Volkswirtschaft Gudovic. Die früheren Minister wurden vom König in Abschiedsaudienz empfangen.

Aus Kairo

wird unterm 17. d. M. gemeldet: Gordon wird heute nachts in Chartum erwartet. Die Nachrichten des „Observer“ sind übertrieben. Die britische Expedition bedurfte für die Kameel-Batterie einiger Treiber, und wurde hiezu eine Anzahl ägyptischer Soldaten gewählt. Vier Soldaten überreichten nun eine zahlreich unterzeichnete Petition, in welcher verlangt wird, bei einer christlichen Expedition nicht theilhaftig zu sein, und welche weiters erklärt, daß dieses Gefühl in der gesammten Armee vorherrsche. General Wood erklärt die Unterschriften als vermuthlich gefälscht. Die vier Soldaten werden vor ein Kriegsgericht gestellt.

Heute abends ist der Rest des Expeditionscorps nach Suakim abgegangen. Der Zweck der Expedition bleibt auf die Entsetzung Tokar's beschränkt. In der Angelegenheit inbetreff der Petition der ägyptischen Soldaten wurde Oberst Duncan mit der Untersuchung beauftragt. Es bestätigt sich, daß die Unterschriften der Petition gefälscht waren. Infolge der an die ägyptischen Soldaten gerichteten Aufforderung haben sich über 200 Freiwillige zur Uebernahme des Kameel-Führerdienstes bei dem Expeditionscorps gemeldet. — Einer Meldung aus Suakim zufolge eröffneten die Aufständischen heute früh das Feuer auf die Befestigungen, zogen sich aber später zurück und wurden von Cavallerie verfolgt. Major Baring erhielt abends eine Depesche aus Chartum, welche besagt, es sei eine Proclamation Gordon's angeschlagen, welche den Mahdi als Sultan von Kordofan anerkenne, den Erlass der Hälfte gewisser Steuern ankündige und anzeige, daß bezüglich des Sklavenvertrages keinerlei Einschränkung eintrete. Die Proclamation habe bei der arabischen Bevölkerung Chartums einen günstigen Eindruck gemacht. Die Ankunft Gordon's in Chartum wird Sonntag abends, spätestens aber Montag erwartet.

Ein Telegramm des Londoner „Observer“ aus Kairo vom 17. d. M. meldet: Eine kleine Abtheilung Soldaten der ägyptischen Armee überreichte gestern früh persönlich im Abdin-Palaste eine Petition an den Khedive, in welcher gegen die angebliche Entsendung ägyptischer Truppen nach dem Sudan protestiert und die Entlassung der englischen Officiere verlangt wird. Die Petenten, welche erklärten, die Gefinnungen der gesammten Armee zu vertreten, wurden verhaftet und gefesselt ins Gefängnis abgeführt.

Tagesneuigkeiten.

— (R. f. Armee.) Das „Verordnungsblatt für das k. k. Heer“ meldet: Se. Majestät der Kaiser geruhten allergnädigst dem General der Cavallerie Johann Freiherrn von Appel, Commandanten des 15. Corps und commandierenden General in Sarajevo, Chef der Landesregierung für Bosnien und die Herzegowina, in Anerkennung der in dieser Eigenschaft geleisteten ausgezeichneten und erfolgreichen Dienste das Großkreuz des Leopoldordens mit der Kriegsdecoration des Ritterkreuzes tagfrei zu verleihen; — weiter den Obersten Wilhelm Erbprinzen zu Nassau, des Husarenregiments Graf Radetzky Nr. 5, zum Commandanten des Husarenregiments Kaiser Franz Josef Nr. 1 zu ernennen; — dann: anzubefehlen, daß dem Fregattenkapitän Heinrich Fayenz in Anerkennung seiner an der Marine-Academie durch mehrere Jahre geleisteten vorzüglichen Dienste der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde; — ferner: in Anerkennung vorzüglicher Dienst-

leistung im Occupationsgebiete dem Hauptmanne Elias Barić, des Infanterieregiments Freiherr von Kosbacher Nr. 71, Ergänzungsbezirks-Commandanten in Sarajevo, tagfrei den Orden der eisernen Krone dritter Classe zu verleihen.

— (Wiener Wäscher-mädelball.) In Eger veranstaltet der Sängerbund einen „Wiener Wäscher-mädelball“, bei welchem die Damen als Wäschermädel und die Herren als Wiener Biz, Strizzi, Deutschmeister, Fiaker, Urlauber, Hausmeister und dergleichen erscheinen werden.

— (Ausstellung in Budapest.) Die Ausstellung der historischen Goldschmiedekunst im Budapester Nationalmuseum wurde diesertage in feierlicher Weise eröffnet. In der Ansprache an den Cultusminister Tréfort betonte der Ausstellungs-Präsident Bischof Zpoly, daß Se. Majestät der Kaiser und die hohe Geistlichkeit, die Magnaten und Sammler von Kunstwerken bereitwilligt wertvolle Objecte zur Verfügung stellten, um die ungarische Kunstindustrie zu heben. Der Cultusminister erwiderte, die Ausstellung bezwecke, den Künstlern in Gold- und Silberarbeiten Gelegenheit zu bieten, sich eine Ausbildung anzueignen, welche sie zur Concurrenz mit dem Auslande befähige. (Beifall.) Die Ausstellung bezwecke ferner, im Publicum Interesse für Gegenstände von wahrhaft künstlerischem Werte zu erwecken. Der Eröffnungsfeier wohnten bei: Ministerpräsident von Tisza, die Minister Pauler, Graf Széchenyi und von Bedelovic, Staatssecretär Baron Fejérváry, Corpscommandant Freiherr von Edelsheim-Gyulai, Graf Julius Andrássy, Cardinal Haynald, G. d. C. K. v. Graef, Graf Ludwig Tisza u. Die Ausstellung umfaßt fünf Säle und mehrere Nebenlocalitäten und enthält gegen 8000 Gegenstände.

— (Toiletten-Luzus.) Madame Sarah Bernhardt trat kürzlich in Paris wieder als Camellien-Dame auf. Vielleicht dürfte es interessieren, zu wissen, was ihre Toiletten zu dieser Rolle kosteten. Mr. Felix entwarf die Zeichnungen für dieselben, für die nicht weniger als 16000 Francs verbraucht wurden. Einen Anzug von Gold-Züll mit eingestickten Kornähren und Opalen auf gelbem Seidengrunde, welcher mit 1500 Francs berechnet war, wollte die Künstlerin gar nicht ansehen; dann kam ein Anzug aus Gold- und Silberbrocat mit rosenfarbenem Seidenstoffe eingefasst, ferner ein Unterrock mit Cluny-Schnüren gepußt, welcher mit 2800 Francs bewertet wurde, und ein anderer aus himmelblauem Bengalim um 3000 Fracs. Wenn man hiezu ein Theekleid um 1500 Fracs., einen Mantel um 1400 Francs und einige andere Kleinigkeiten um 2000 Francs rechnet, so kommt man zu der Gesamtsumme von 16000 Francs. Der Chargé d'affaires der Sarah Bernhardt, Mr. Derembourg, fand den Preis zu hoch und zahlte nicht, worauf der Schneider klagte. Die Angelegenheit schwebt gegenwärtig in dem Stadium, daß ein Sachverständiger beurtheilen soll, ob die gelieferten Kleider das geforderte Geld wert sind oder nicht.

Locales.

Aus dem k. k. Landesschulrath für Krain.

Auszug aus dem Protokolle über die ordentliche Landesschulrathssitzung vom 7. Februar 1884.

Bei Eröffnung der Sitzung gedenkt der Herr Vorsitzende des Hinscheidens des hochwürdigsten schulfreundlichen Herrn Fürstbischöfes Dr. Chryostomus Bogacar, seiner mehrjährigen Wirksamkeit als Mitglied des k. k. Landesschulrathes und bringt das Bedauern über dessen Ableben unter Beistimmung aller Anwesenden zum Ausdruck.

Hierauf erfolgt:

1.) Der Vortrag der seit der letzten Sitzung erledigten currenten Geschäftsstücke, deren Erledigung zur Kenntnis genommen wird.

2.) Ueber die Zuschrift des krainischen Landesauschusses hinsichtlich der gesetzlichen Regelung der bisherigen Verhältnisse, betreffend die Befreiung der Remunerationen für den Religionsunterricht an mehr als dreiclassigen Volksschulen in Absicht auf die Entlastung des Normalschulfonds, wird die Erstattung des diesfälligen Gutachtens an den krainischen Landesauschuss beschlossen.

3.) Der Vorstellung eines Ortschaftsrathes wider eine bezirkschulrathliche Anordnung, betreffend den Vorgang bei Behandlung der Schulversäumnis-Ausweise, wird keine Folge gegeben.

4.) Wegen Erweiterung und Errichtung je einer Schule wird die Uebermittlung des Actes an den krainischen Landesauschuss mit den bezüglichen Anträgen behufs der diesfälligen Zustimmung beschlossen.

5.) In Absicht auf das Zustandekommen des notwendigen Neubaus einer Volksschule und behufs successiver Bildung des hiezu erforderlichen Baufonds wird der krainische Landesauschuss um Veranlassung der Einhebung der bezüglichen Umlagen im Sinne des § 2 des Landesgesetzes vom 10. April 1881, Nr. 6, ersucht.

6.) Berufungen in Schulversäumnis-Straffällen werden erledigt.

7.) Die strafweise Veretzung eines Oberlehrers wird beschlossen.

zu erwecken, als ob solche Maßregeln nicht sowohl zur Bekämpfung der Anarchisten als zur Niederhaltung der Opposition verwendet werden sollten. Der Ministerpräsident Graf Taaffe und der Leiter des Justizministeriums Dr. Pražák haben durch ihre offenen und rückhaltlosen Erklärungen den von der Opposition beabsichtigten Effect zerstört. An der Genehmigung der Ausnahmeverordnungen durch das Haus war vom Anfange an kein Zweifel. Ueberraschend war es, daß dieselbe mit einer großen Stimmenmehrheit erfolgte.

— Der „Sonn- und Feiertags-Courier“ schreibt: „Der Eindruck, welchen die bündigen und überzeugenden Erklärungen des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe auf das Abgeordnetenhaus machten, konnten durch die wenn auch noch so glänzende Sophistik der oppositionellen Redner nicht abgeschwächt werden.“ — Die Publicistischen Blätter bemerken: „Die klaren, durchsichtig loyalen Erklärungen des Grafen Taaffe lauteten so bestimmt und zufriedenstellend, daß sie keinen Raum für ein Mißverständnis darboten; selbst das Uebelwollen konnte nicht daran denken und mäkeln.“

Aus den Provinzjournalen liegen uns heute folgende Stimmen vor: Das Linzer Volksblatt schreibt: „Wo das Leben derer auf dem Spiele steht, welche im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ihre Pflicht erfüllen, wo der friedliche Bürger seines Lebens nicht mehr sicher ist, weil er Eigenthum besitzt, da gilt es vor allem rasches und energisches, mit Umsicht gepaartes thatkräftiges Handeln, um den Erfolg zu sichern. Lieber gleich anfangs strenge Maßregeln, um nicht später noch strengere ergreifen zu müssen oder gar machtlos dem Uebel gegenüberzustehen.“

— Das Grazer Volksblatt bemerkt: „Ruhig und gemessen trumpfte Graf Taaffe seine Gegner ab; es war für sie allerdings peinlich, anhören zu müssen: „Sie fragen, warum die Regierung nicht eine Vorlage eingebracht, die von allen angenommen werden könnte? Ja, die Regierung mußte aber doch voraussetzen, daß eine Vorlage auch von der Linken angenommen werden könne, die genau nach dem von der Linken geschaffenen Gesetze gemacht ist.“ Dagegen läßt sich selbst von einer „factiösen Opposition“ nichts mehr einwenden.“ — Das Triester Tagblatt sagt: „Indem die Linke die Ausnahmengesetze ablehnt, ladet sie eine ungemaine Verantwortlichkeit auf sich. . . Eine ernsthafteste Oppositionspartei darf keinerlei Maßregel vorschlagen, die im Falle ihrer eigenen Majorität sie selber ablehnen müßte oder doch nicht durchführen könnte.“

— Im Mährisch-schlesischen Correspondenten heißt es: „Soweit wir die Verhältnisse überblicken, glauben wir, daß schon jetzt eine große Wirkung durch die Ausnahmengesetze erzielt wurde; allein dabei darf man, wie wir schon leghin erörterten, nicht stehen bleiben. Es gilt auch, eine positive Thätigkeit wider die socialistische Propaganda zu entwickeln, und das kann nur geschehen durch eine besonnene, zielbewusste sociale Reform. Wir haben zur gegenwärtigen Regierung, die schon so viel für die Besserung der Lage der Productivstände gethan hat, das feste Vertrauen, daß sie auch nach dieser Richtung ihre bisher auf wirtschaftlichem Gebiete so glückliche Hand bethätigen wird.“

Vom Ausland.

Im Circus in Paris hat am 17. d. M. eine Versammlung von Anhängern Ferdme Bonaparte's stattgefunden, welcher 3000 Personen beiwohnten. Es wurde mittelst Aclamation eine Motion angenommen, welche die Revision der Verfassung, die Ernennung einer constituierenden Versammlung und das Recht des Volkes fordert, das Oberhaupt des Staates in directer Weise zu wählen. Es herrschte vollstündige Ordnung. — Die Journale dementieren die Nachricht, daß die Minister des Innern und der Justiz infolge des gestrigen Votums der Kammer die Absicht hätten, ihre Demission zu geben; die Regierung habe nicht die Vertrauensfrage gestellt.

Aus St. Petersburg wird unterm 17ten Februar gemeldet: Der Minister des Innern verbot den Verkauf von einzelnen Nummern der „Nowosti“.

— Nach einer Meldung aus Nowoscherkassk überfiel am 14. d. M. ein Bauernhause den Wirtschaftshof des Schafzüchters Bolschinskaja in Sloboda. Die Bauern wurden vom Eigenthümer mit Gewehrschüssen zurückgetrieben, wobei mehrere Personen getödtet wurden. Zur Erhaltung der Ruhe ist ein Kosaken-Commando dahin abgegangen.

In Tonkin dürfte es nun zu dem wiederholt angekündigten Schlage gegen Bac-Ninh kommen, da jetzt der neue französische Obercommandant an Ort und Stelle ist. General Willot hat nämlich am 12. d. M. das Obercommando übernommen. Courbet übernimmt wieder das Commando der Schiffsdivision.

Am 17. d. M. fand in Saigon ein Bankett zu Ehren der mit der Legung des Kabels nach Tonkin betrauten englischen Directoren und Ingenieure statt. Gouverneur Thomson brachte einen Toast aus die Königin Victoria und das freie England aus. Der englische Chef-Ingenieur trank auf das Wohl Frankreichs, des Präsidenten Grévy und auf die civilisatorische Mission Frankreichs in Cochinchina.

8.) Wegen Erweiterung von Übungsschulen und Systemisierung der begüglichen Lehrstellen wird die Antragstellung an das Ministerium für Cultus und Unterricht beschlossen.

9.) Wegen Zulässigkeitsklärung eines Lehrbuches zum Lehrgebrauche an Volks- und Bürgerschulen wird der höhern Orts zu stellende Antrag beschlossen.

10.) Die Stützplätze der Leopold Philipp'schen Stiftung für Landschulen werden verliehen.

11.) Die Lehrerstelle an der einlässigen Volksschule in St. Georgen bei Krainburg und die zweite Lehrstelle an der Volksschule in Comenda St. Peter werden definitiv besetzt.

12.) Die von einem Bezirksschulrath beantragte Theilung der Schüler der ersten Abtheilung der ersten Classe an einer mehrclassigen Volksschule für das laufende Schuljahr wird genehmigt und dem Bezirksschulrath die Beschleunigung der wegen Erweiterung der gedachten Schule eingeleiteten Verhandlung aufgetragen.

13.) Remunerations- und Gelbshilfs-Gesuche werden erledigt.

(Militärisches.) Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhten allergnädigst zu ernennen zum Lieutenant in der Reserve den Reservcadetten in der Genietruppe Johann Huber von Dkrog des Genieregiments Kaiser Franz Josef Nr. 1 im Regimente.

(Ernennung.) Die k. k. Centralcommission für Kunst und historische Denkmale hat Se. Durchlaucht den Prinzen Ernst zu Windisch-Grätz zu ihrem Correspondenten ernannt.

(Hofrath Dr. F. v. Hochreiter) überreichte in der letzten Sitzung der math.-naturwissenschaftlichen Classe der kais. Akademie der Wissenschaften als Obmann der prähistorischen Commission der Akademie der Wissenschaften den siebenten Bericht dieser Commission über die Arbeiten derselben im Jahre 1883. Der Bericht umfasst die Ergebnisse der Ausgrabungen in der Höhle von Ruzsdorf bei Adelsberg, der Aufdeckung eines prähistorischen Gräberfeldes bei Pifino (Verno) in Istrien, von Hügelgräbern bei Velden (Rofegg) in Kärnten sowie bei St. Margarethen und Novize in Unterkrain, der Ausgrabungen auf einem Urnenfriedhofe nächst Rozufan bei Olmütz, ferner der fortgesetzten Forschungen in der mährischen Höhle Bypustel sowie in der Bitny-Höhle, dann über die weiteren Ausgrabungen auf der Nekropole von Watsch in Kärnten, der Tumuli bei Wies in Steiermark und bei Wölo in Tirol. Sämmtliche Fundobjecte wurden dem naturhistorischen Hofmuseum zugewendet.

(Todesfälle.) Am 18. d. M. früh 1 Uhr starb hier der in den weitesten Kreisen der Stadt und des Landes bekannte und allgemein hochgeachtete k. k. pensionierte Bezirksrichter und in letzterer Zeit Auswahlsreferent beim krainischen Landesausschusse Herr Ludwig Semen. Der Verstorbene war durch nahezu fünfunddreißig Jahre im Justizdienste thätig, welche Dienstzeit er hauptsächlich in Unterkrain zurücklegte. In den Bezirken Gurkfeld und Landstraß war er fünfundzwanzig Jahre hindurch thätig, wo er sich durch sein humanes Auftreten wie auch als erfahrener und gerechter Richter die Sympathien der Bevölkerung in hohem Grade zu erwerben wußte. Die Diensteslaufbahn begann Herr Semen bei den Bezirksgerichten Wartenberg und Laibach (Umgebung); bei letzterem leitete er in den fünfziger Jahren als Gerichtsadjunct die erste öffentliche Gerichtsverhandlung. Der seiner Familie leider viel zu früh Entziffene wußte sich im socialen Leben durch sein lebenswürdiges und einnehmendes Benehmen viele Freunde zu erwerben, welche ihm gewiss stets ein freundliches Andenken bewahren werden. Das Leichenbegängnis findet heute nachmittags 4 Uhr vom Civilspitale nach dem Friedhofe zu St. Christoph statt.

In Florenz starb am 14. d. M. der hiesige Handelsmann Herr Johann Peterka im 29. Lebensjahre nach langem, schweren Leiden, das zu lindern er sich eben dorthin begeben hatte. Der Verstorbene, der Sohn der Hausbesitzerin und Handlungsinhaberin Frau Elisabeth Peterka und Bruder der Frau Marie Plauß, Gemahlin des Kaufmanns Herrn Ferdinand Plauß, und der Frau Fanny Kasl, Gemahlin des Herrn k. k. Artillerie-Oberlieutenants Carl Kasl, war ein vielseitig gebildeter und ob seines feinen, zuvorkommenden Benehmens allseitig geschätzter junger Mann. Herr Peterka hatte in seinem Berufe die vornehmlichsten Reiche des Continents, England, Deutschland, Frankreich, Italien und Russland kennen gelernt und hatte sich auf seinen vieljährigen Reisen in diesen Ländern nicht nur Kenntniss derselben verschafft, sondern auch einen reichen Fond von ethnographischem Wissen erworben, da er stets und überall ein offenes Auge für das Volksthum hatte und die Eigenthümlichkeiten, Sitten und Gebräuche der Völker studierte. Seine Gesprächs-

schilderungen zeugten von scharfer Auffassung gleichwie von stets liebevoll objectiver Beurtheilung und lassen nur bedauern, daß er nicht selbst zur Feder griff, um seine Beobachtungen zu fixieren. Dem tüchtigen Manne, dem angenehmen Gesellschafter bleibt ein liebreudliches Andenken seiner Angehörigen und zahlreichen Bekannten gesichert. — Das Leichenbegängnis findet heute (Mittwoch) nachmittags 5 Uhr vom Südbahnhofe aus nach dem Friedhofe zu St. Christoph statt, wo die Beisetzung der Leiche in der Familiengruft erfolgt. — cs.

(Landschaftliches Theater.) Wie es der gute Erfolg des gestrigen Abends lehrte, hat Herr Willy Martini mit der überaus lustigen Posse von F. Kaiser: „Stadt und Land oder der Viehhändler aus Oberösterreich“ zu seinem Benefiz eine vorzügliche Wahl getroffen, und es amüsierte sich das Publicum, das den Beneficianten mit Beifall empfing, den ganzen Abend über aufs beste, umso mehr, als zwei Concert-Einlagen und Coupletsvorträge die Unterhaltung würzten. In dem Stücke selbst wirkten die besten Kräfte mit, und so haben wir wieder eine gute Vorstellung mehr zu verzeichnen. Die Hauptrollen waren in den Händen unserer beiden Komiker, der Herren Romani, der den Viehhändler, Ander, der den Diener Hochfelds gab. Insbesondere Herr Romani verdient für die Wiedergabe seiner Rolle das größte Lob und bekundete durch die treffliche Art seiner Darstellung seine hervorragende Begabung für das gute Volksstück. Herr Ander war köstlich als dummpfiffiger Bedienter, und beide ernteten extra noch stürmischen Beifall für ihren famosen Lied- und Coupletsvortrag. Der Beneficiant hatte eine kleinere Rolle, aus der sich nicht viel machen läßt, und zwar den Stutzer „Herr von Hupfer“, den er auch entsprechend ausstattete. Allerliebst sah Fr. Herrmann als festsche Vinzerin aus, Fr. Stengel (Clotilde) und Fr. v. Bed (Regina), sowie Frau Podhorsky-Keller (Hochfelds Frau) waren sehr brav. Die beiden Concert-Einlagen: „Vergißmeinnicht“, Lied, gesungen von Fr. M. Palme, und Schubert's unsterbliches „Ständchen“, welches Herr M. Martini mit zarter Auffassung vortrug, fanden lebhaften Anklang. Der Beneficiant erhielt auch einen schönen Vorbeerkranz mit schweren rothen Schleifen. — i —

(Theaternachricht.) Der vom Vorjahre her bestbekannte kais. russische Hofchauspieler Herr Julius Fiala beginnt heute auf unserer Bühne ein auf vier Abende berechnetes Gastspiel. Zur Aufführung gelangen folgende Stücke: Heute: Der Königsleutenant, morgen: Donna Diana, Freitag: Die zärtlichen Verwandten und am Samstag: Haus Fourchambault. Das Renommé des geschätzten Gastes sowie die vorzügliche Wahl der Pöden lassen hoffen, daß das Publicum diesem Gastspiele die erwünschte Theilnahme entgegenbringen werde.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Paris, 19. Februar. Die Kammer beschloß, ungeachtet der Opposition des Bischofs Freppel, den Elementarunterricht in den Staatsschulen ausschließlich Laien anzuvertrauen. — Ferry legte die französisch-österreichische Handelsconvention vor.

Rom, 19. Februar. Die von der Regierung in der Kammer abgegebenen Erklärungen schließen nahezu vollständig die Annahme eines Attentates aus; es handle sich einfach um einen Angriff auf Gendarmen.

Kairo, 19. Februar. Ueber Verlangen Barring's beschloß die britische Regierung, die Occupationarmee in Egypten zu verstärken.

Wien, 19. Februar. (Wiener Zeitung.) Die Zusage, welche Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz Erzherzog Rudolf der Deputation des Journalisten- und Schriftstellervereins „Concordia“ gemacht hatte, auf dem diesjährigen „Concordia“-Ball im Soffensaal zu erscheinen, hatte zur Folge, daß sich gestern in den festlich decorierten Räumen schon um 10 Uhr abends das Publicum versammelt hatte. Die elektrische Beleuchtung mit Glühlichtbouquets machte einen schönen Effect. Um 10³/₄ Uhr abends erschien Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Kronprinz in Begleitung höchstseines Flügeladjutanten. Das Präsidium der „Concordia“, Ritter von Weilen und Johannes Nordmann, empfingen den hohen Gast am Fuße der mit exotischen Gewächsen reich geschmückten Treppe. Präsident Ritter von Weilen hatte die Ehre, den durchlauchtigsten Kronprinzen mit einer kurzen Ansprache, in welcher er den Gefühlen des Dankes Ausdruck gab für die hohe Auszeichnung, die dem Feste wahren Glanz verleihe, begrüßen zu dürfen. Se. k. und k. Hoheit dankte und schritt, geleitet von den beiden Präsidenten, die Treppe empor. Am Eingange des Saales wurde der durchlauchtigste Kronprinz vom Ballcomité, den Obmann Spiegel an der Spitze, der die einzelnen Mitglieder vorstellte, begrüßt und trat unter den Klängen der Volkshymne in den Saal, mit Hochrufen allseits empfangen.

Wien, 19. Februar. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner heutigen Sitzung sämtliche Ge-

genstände der Tagesordnung nach meist nur kurzer Debatte im Sinne der Ausschussträge erledigt. — Der Justizauschuss tritt morgen zusammen, um die Regierungsvorlage, betreffend die Consular-Gerichtbarkeit in Tunis, in Berathung zu ziehen. Der Actien-gesetz-Ausschuss hält am Freitag, den 22. d. M., eine Sitzung ab, in welcher die Vorlage der Fragen an die Experten durch das Subcomité erfolgen soll.

Rom, 19. Februar. Die Behörden haben constatirt, daß die gegen den Gendarm Baricchio geschleuderte Flasche 15 Centimeter hoch ist und 175 Gramm Pulver enthält, wie es zur Anfertigung von Feuerwerkskörpern verwendet wird. — Die Erhebungen werden fortgesetzt.

Belgrad, 19. Februar. Die Bildung des Cabinets wurde im letzten Augenblicke wegen der Verhandlungen mit einigen designierten Mitgliedern verzögert. Die Ernennung des neuen Cabinets wird stündlich erwartet.

Suakim, 19. Februar. 200 Mann der Gar-nison von Tokar machten einen Ausfall. Dieselben griffen die Insurgenten an, tödteten und verwundeten viele und erbeuteten eine Anzahl Vieh und Kameele.

Angekommene Fremde.

Am 18. Februar.

Hotel Stadt Wien. v. Fichtenau, Privatier, Rudolfswert. — Altshull, Privatier, Tepliz. Hotel Elefant. Löwenheim, Neumann und Taufsig, Kaufleute, Wien. — Paur und Sulmhofer, Kaufleute, Wiener-Neustadt. — Moçibelli, Kaufm., Triest. — Oblat, Kaufm., Billach. Sternwarte. Candioni sammt Frau, Triest.

Verstorbene.

Den 18. Februar. Ursula Bohar, Köchin, 57 J., Polanastraße Nr. 6, Apoplexia cerebri. Den 19. Februar. Franz Grovat, Eisendreher'ssohn, 10 Mon., Floriansgasse Nr. 33, Lungentarrh. Den 20. Februar. Anna Werlat, Adjunctensgattin, 65 J., Jakobsplatz Nr. 10, Schlagfluß.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Stimmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
19.	7 U. Mg.	745,88	- 9,8	ND.	schwach	heiter
	2 „ N.	744,30	+ 1,0	W.	schwach	heiter
	9 „ Ab.	742,78	- 4,6	SW.	schwach	heiter

Unhaltend heiter, kalt. Das Tagesmittel der Temperatur - 4,5°, um 4,1° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

(Eingefendet.)

Zeit und Geld verloren!

Jeder verliert heute Zeit und Geld, der bei einem Magen- oder Ueberleiden etwas anderes anwendet als die bekannten und berühmten Apotheker R. Brandt's Schweizer-Pillen. Sie allein helfen rasch, sicher und schmerzlos, und die tägliche Ausgabe beträgt nur 2 kr.; erhältlich à Schachtel 70 kr. in den Apotheken. (19)

Eingefendet.

Jedem Epilepsie-, Krampf- und Nerveneleidenden können wir die weltberühmt gewordene, von den höchsten medicinischen Autoritäten anerkannte, sozusagen wunderbare Heilmethode des Herrn Prof. Dr. Albert, Paris, Place du Trône, 6, bestens empfehlen; wende sich daher jeder Kranke mit vollem Vertrauen an den oben Genannten, und viele werden ihre Gesundheit, an deren Wiedererlangung sie bereits verzweifelt, erhalten. Im Hause des Herrn Professors finden alle Krampfleidenden ein ruhiges Heim, Unbemittelte werden berücksichtigt; wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, sind die Preise der Weltstadt angemessen sehr billig. Briefliche Behandlung nach Einsendung einer genauen Krankengeschichte. Noch müssen wir bemerken, daß Herr Prof. Dr. Albert erst nach sichtbaren Erfolgen Honorar beansprucht. (151) 24-7



Nach Gottes unerforschlichem Willen verschied in Florenz am 14. Februar d. J. unser vielgeliebter, unvergesslicher Sohn, resp. Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Johann Peterka, Handelsmann,

nach längerem schweren Leiden, versehen mit den heil. Sacramenten, in seinem 29. Lebensjahre. Die irdische Hülle des theueren Verbliebenen wird vom hiesigen Südbahnhofe aus Mittwoch, den 20. Februar d. J., um 5 Uhr nachmittags nach dem Friedhofe zu St. Christoph überführt und dortselbst in der Familiengruft beigesetzt.

Die heiligen Seelenmessen werden in mehreren Kirchen gelesen werden. Um stilles Weileid wird gebeten. Laibach am 18. Februar 1884.

Elisabeth Peterka, Mutter. — Marie Plauß, Fanny Kasl, Schwestern. — Ferdinand Plauß, Kaufmann; Carl Kasl, k. k. Artillerie-Oberlieutenant, Schwäger. — Olga Plauß, Nichte.

Beerdigungsanstalt des Franz Döberlet, Laibach.

Table with multiple columns listing various financial instruments, bonds, and exchange rates. Columns include 'Geld', 'Ware', and numerical values for different categories like 'Staats-Anlehen', 'Andere öffentl. Anlehen', 'Pfundbriefe', 'Diverse Lose', 'Bank-Aktion', 'Actien von Transport-Unternehmungen', and 'Industrie-Actien'.

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 42.

Mittwoch, den 20. Februar 1884.

(724-3) Concursauschreibung. Nr. 492.

Zur Befugung einer bei der k. k. Staatsanwaltschaft in Klagenfurt erledigten, eventuell einer anderen im Sprengel der Oberstaatsanwaltschaft Graz in Erledigung kommenden Staatsanwalts-Substitutenstelle wird hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Die Gesuche sind längstens bis zum 6. März d. J. bei der k. k. Oberstaatsanwaltschaft Graz zu überreichen.

k. k. Oberstaatsanwaltschaft Graz, am 14ten Februar 1884.

(773-1) Bezirks-Wundarztstelle. Nr. 9228.

In der Stadtgemeinde Radmannsdorf ist die Bezirkswundarztstelle mit dem aus der Bezirkscaffe auf die Dauer ihres Bestandes angewiesenen Jahresremuneration von 600 fl. zu besetzen.

Documentierte Bewerbungsgesuche mit der Nachweisung der Kenntnis beider Landesprachen sind bis 30. März 1884 hieramts zu überreichen.

k. k. Bezirkshauptmannschaft Radmannsdorf, am 12. Februar 1884.

(774-1) Bezirks-Hebammenstellen. Nr. 1502.

Im Bereiche der Bezirkshauptmannschaft Krainburg sind die Bezirkshebammenstellen in Grafste, in St. Walburga, in Mojsche und in Salilog mit einer jährlichen Remuneration von je 30 fl., dann die Bezirkshebammenstelle in Neuositz mit jährlicher Remuneration von 25 fl., endlich die Bezirkshebammenstelle in Dultovca und in Dražgoše mit der jährlichen Remuneration von je 21 fl. aus den betreffenden Bezirkscaffen auf die Dauer des Bestandes der letzteren sogleich zu besetzen.

Mit den Nachweisen über die Erlernung der Geburtshilfe und über das sittliche Betragen belegte Gesuche sind längstens bis 13. März 1884 hieramts einzubringen.

k. k. Bezirkshauptmannschaft Krainburg, am 13. Februar 1884.

(767-2) Kundmachung. Nr. 978.

Vom dem k. k. Bezirksgerichte Voitsch wird bekannt gemacht, dass die zur Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Közljez angefertigten Besitzbogen, Liegenschaftsverzeichnisse und Wappen von heute angefangen zur allgemeinen Einsicht aufliegen.

25. Februar 1884

unterbleiben, wenn der Verpflchtete noch vor der Verfassung der Einlagen darum ansucht.

k. k. Bezirksgericht Voitsch, am 16. Februar 1884.

(771-1) Kundmachung. Nr. 1219.

Vom k. k. Bezirksgerichte Adelsberg wird hiemit bekannt gemacht, dass zum Zwecke der Anlegung eines neuen Grundbuches für die Catastralgemeinde Slavina die Localerhebungen am 1. März 1884

und an den darauffolgenden Tagen in der Amtskanzlei stattfinden. Es werden daher alle jene Personen, welche an der Ermittlung der Besitzverhältnisse ein rechtliches Interesse haben, aufgefordert, an den Erhebungsstagen beim gefertigten Bezirksgerichte zu erscheinen, um alles zur Aufklärung der Besitz- und Eigenthumsrechte dienliche vorzubringen.

k. k. Bezirksgericht Adelsberg, am 14ten Februar 1884.

Anzeigebblatt.

Marsala, bester Sicilianer Dessertwein, für Kranke, Reconvalescenten und Magenleidende vorzüglich wirksames und stärkendes Mittel, für Gesunde jedem andern Dessertweine vorzuziehen. - 1 Flasche 1 fl. (4502)24-18 Apotheke Piccoli, Laibach, Wienerstrasse.

Täglich frische Faschingskrapfen bei (5570) 19-18 Rudolf Kirbisch, Conditior, Congressplatz.

Beachtenswert. Epilepsie-, Krampf- u. Nervenleidende finden sichere Hilfe durch meine Methode. Honorar erst nach sichtbaren Erfolgen. Briefliche Behandlung. Hunderte geheilt. Prof. Dr. Albert. Für die besonderen Erfolge durch die franz. wissenschaftl. Gesellschaft mit der grossen goldenen Medaille I. Classe ausgezeichnet. [150] 52-13 6, Place du Trône, PARIS.

Unübertroffen. Französische Fallen. Mäuse 25 kr., Ratten und Wiesel 50 kr., Kaninchen, Marder und Katzen 2 fl. 60 kr. u. 3 fl., Füchse 7 bis 8 fl. Im Dutzend 10 Proc. billiger. Wiederverkäufer bei drei Dutzend Rabatt. Landwirt. Verkehrsbureau, Wien, III., Ungarergasse Nr. 59. (231) 10-6

Preiswürdiger Verkauf: Guter Wiseller Wein per Liter 26 kr.; Glas- und Porzellan-geschirr, Küchengeräthschaften, Bier- und Fleischkasten, Betten, Rosshaar-Matrazen. Auskunft in der Expedition der „Laibacher Zeitung“. (705) 4-3

Mariazeller Magentropfen, vorzüglich wirkendes Mittel, bei allen Krankheiten des Magens, (5067) 13 sind echt zu haben in Laibach nur in den Apotheken der Herren G. Piccoli, Wienerstrasse; Josef Svoboda, Preschernplatz; Krainburg: Apotheker K. Savnik; Stein: Apotheker J. Močnik; Haidenschaft: Apotheker Mich. Guglielmo; Rudolfswert: Apotheker Dom. Rizzoli; Apotheker Jos. Bergmann; Görz: Apotheker A. de Gironcoli; Adelsberg: Apotheker Anton Leban; Sessana: Apotheker Ph. Ritschel; Radmannsdorf: Apotheker A. Roblek; Tschernembl: Apotheker Joh. Blazek; Cilli: Apotheker J. Kupferschmied; Bischofsack: Ap. C. Fabiani. Preis eines Fläschchens sammt Gebrauchsanweisung 35 kr. Centralversandt: Apotheke „zum Schutzengel“, C. Brady, Kremstler.

(637-1) Nr. 522. Relicitation. Vom k. k. Bezirksgerichte Stein wird bekannt gemacht: Es sei über Ansuchen des Johann Graizer von Bodice (durch Dr. Pirnat) die Relicitation der dem Jakob Nachtigal von Skaručna gehörig gewesenen, auf den Betrag per 210 fl. bewerteten Realität Einl.-Nr. 20 ad Steuergemeinde Skaručna bewilliget und zur Vornahme derselben die Tagsatzung auf den 26. März 1884, vormittags von 10 bis 12 Uhr, hiergerichts mit dem angeordnet worden, dass hiebei obige Realität auch unter dem Schätzungs-werte an die Meistbietenden hintangegeben werden wird. k. k. Bezirksgericht Stein, am 24ten Jänner 1884.

(758-1) Nr. 675. Bekanntmachung. Im Nachhange zum diesgerichtlichen Edicte ddo. 10. Jänner 1884, Z. 208, wird bekannt gemacht, dass für die unbekannteten Rechtsnachfolger des mit Tode abgegangenen Primus Povž von Domžale ein Curator ad actum in der Person des Herrn Josef Schweiger von Egg bestellt und demselben der Feilbietungs-bescheid ddo. 10. Jänner 1884, Z. 208, zugestellt wurde. k. k. Bezirksgericht Egg, am 5. Februar 1884.

(772-1) Nr. 946. Erinnerung. Dem Augustin Kozar von Büchelsdorf, Besitzer von Urb.-Nr. 446 ad Reifniz, unbekannt wo befindlich, ferner den auf dieser Realität versicherten Gläubigern, als: Maria Smalc von Reifniz, Maria und Johann Gregorik, dem Lukas Horvat, deren allfälligen unbekannteten Erben und Rechtsnachfolgern, wird hiemit erinnert, dass obige Realität wegen dem hohen Aerar schuldigen 68 fl. 97/2 kr. sammt Anhang am 29. Februar, 29. März und 29. April 1884, von 11 bis 12 Uhr vormittags, hiergerichts zur executiven Feilbietung gelangt und dass zur Wahrung ihrer Rechte für den Executen Augustin Kozar Anton Bajc, Besitzer in Niederdorf Nr. 77, den Tabulargläubigern aber Herr Josef Zotter aus Reifniz als Curator ad actum bestellt und die Feilbietungs-rubriken zugestellt wurden. k. k. Bezirksgericht Reifniz am 16ten Februar 1884.